

Reiner Bernstein

Das Gewicht der USA im Nahen Osten schwindet – Hilflosigkeit gegenüber Israels Besatzungspolitik¹

Wie häufig kann ein amerikanischer Präsident das Gewicht seines Amtes vergeblich in die Waagschale werfen, ohne seine politische Autorität zu beschädigen? Diese Frage dürfte George W. Bush schon deshalb beschäftigen, weil sein Vorgänger Bill Clinton seine Zeit mehr als jeder andere Amtsinhaber in Washington seine Kraft in die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes investierte und im Sommer 2000 kläglich scheiterte. Clinton zerrann in Camp David der ersehnte Friedensnobelpreis zwischen den Fingern, weil er kein Sicherheitsnetz für den Fall des Scheitern errichtet hatte. Ein Angehöriger seiner Delegation bemerkte ironisch: Fragen Sie Ehud Barak, und er wird Ihnen sagen, das es kein israelisches Angebot gab und dass Arafat es außerdem abgelehnt hat. Fragen Sie Arafat, und die Antwort dürfte sein, dass es kein Angebot gab und dass es außerdem nicht akzeptabel war.

Das Debakel von Camp David hat Bushs Initiative im Nahen Osten für mehr als ein Jahr gelähmt. Mit der Entsendung von Sicherheitsberatern und Geheimdienstagenten wird politisch nichts gewonnen. Washington schwankt zwischen den Rollen als Antreiber und Bremsen, zwischen Moderator, Förderer oder Notar. Wie auch immer: Ergebnis ist die politische Hilflosigkeit gegenüber der israelischen Besatzungspolitik und der „zweiten Intifada“ mit rund fünfzehnhundert toten Palästinensern und knapp fünfhundert toten Israelis seit dem Herbst 2000.

Auch das Entsetzen darüber hat Washington nicht dazu veranlassen können, seiner Nahostpolitik zwischen „wohlwollender Hegemonie“ und „konstruktiver Doppeldeutigkeit“ eine grundsätzliche Revision zu verordnen. Vielmehr kämpfen in Bushs Administration nach wie früher mehrere Lager um ihre eigenen Gestaltungsräume. Während Colin Powell im Herbst vergangenen Jahres deutlicher als jeder US-Außenminister vor ihm das Ende der Besatzung und der Siedlungspolitik sowie die Schaffung eines palästinensischen Staates forderte und damit politische Lösungen verlangte, setzt das Verteidigungsministerium vorrangig auf den Einsatz militärischer Optionen gegen die „Intifada“ – getreu dem Leitmotiv seiner weltweiten Antiterror-Koalition und seinem nahöstlichen Angriffsziel, den Irak.

In ihrem Schatten hat Ariel Sharon seine Operation „Schutzschild“ starten können, während sie Bashar al-Assad in Syrien und Hosni Mubarak in Ägypten die willkommene Gelegenheit bot, innenpolitische Gegner mit Repressionen zu überziehen. Alle Regierungen im Nahen Osten schauen im Blick auf Israel und Palästina erwartungsvoll nach Washington und nutzen das amerikanische Zögern, innenpolitisch aufzuräumen. Arafats

¹ Der Beitrag erschien am 17.5.2002 als Gastkommentar im „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Autonomiebehörde machte davon keine Ausnahme. Sharon und Bush wollen für die Palästinenser nur das Beste, schrieb der Friedensaktivist Uri Avnery bissig: Demokratie wie in Saudi-Arabien, Transparenz wie in Syrien, Gewaltenteilung wie in Kuwait, einen Geheimdienst aus einem Guss wie in Ägypten, eine unabhängige Justiz wie in Jordanien, fehlende Korruption wie in Libanon und eine schriftliche Verfassung wie in Israel.

Für Einschätzungen wie diesen wiegen die Prioritäten und Versäumnisse leicht, denen sich alle US-Administrationen seit eh und je gegenübersehen. Zu ihnen gehört die traditionell geringe Aufmerksamkeit für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Die amerikanischen Interessen waren bei Israel durch die ungeschriebene Allianz gut aufgehoben. Washington konnte sich darauf verlassen, die innerarabischen Rivalitäten zum eigenen strategischen und energiepolitischen Vorteil zu nutzen, und den Israelis die Sicherung der militärischen Vorherrschaft in der Region zu übertragen. Dass von den Europäern seitens der arabischen Welt ein größeres politisches Gewicht erwartet wird, hat nichts daran geändert, dass die EU-Staaten immer aufs neue den Eindruck mangelnder politischer Handlungsfähigkeit bestätigen. Nicht zufällig betont die Bundesregierung ein um das andere Mal die Führungsrolle der Amerikaner. Dass diese Beschränkung in Israel Beifall findet, versteht sich von selbst.

Einen weiteren Zielkonflikt bietet die Innenpolitik der USA. Vor einigen Jahren hat eine Tel Aviver Tageszeitung die große Zahl jüdischer Beamten im Umfeld Bill Clintons bejubelt und daraus den Schluss ziehen wollen, dass die politischen Interessen Israels in Washington gut aufgehoben seien. Doch diese Annahme gehört zu den illusionären Phantasien. Viele Juden haben zwar eine pro-israelische Einstellung, doch vor allem sind die stolze Amerikaner. Die „jüdische Lobby“ mit einigen hundert Aktionskomitees vor Ort ist die bestorganisierte „pressure group“, aber ist sie auf Verbündete angewiesen. Zu ihnen zählen neokonservative Republikaner sowie die schnell wachsende Zahl evangelikaler Christen, deren Sympathien bei jenen Israelis ist, die die Ankunft des Messias durch die Besiedlung Judäas und Samarias – der Westbank – erzwingen wollen. Seit mehr als drei Jahrzehnten durchläuft die amerikanische Außenpolitik einen Prozess des wachsenden Gewichts gesellschaftlicher Gruppen mit unterschiedlichen Identitäten, Kulturen und Religionen. Sie erschweren kohärente Entwürfe und arbeiten im „Zwielicht der Ethnizität“.

Dennoch ist abzusehen, dass das Gewicht der Amerikaner in der Region allmählich schwindet. Hans-Dietrich Genscher hat vor einem Jahr die Anerkennung einer multipolaren Weltordnung angemahnt. Auch wenn ihre Etablierung in der Ferne liegt, so werden sich die USA schrittweise von ihrem Anspruch verabschieden müssen, aus der Position als einziger Supermacht weiterhin egozentrische Konsequenzen abzuleiten. Das gilt auch für den Nahen Osten, selbst wenn Jimmy Carters Berater Zbigniew Brzezinski jüngst noch einmal betont hat, dass die Amerikaner nicht bereit seien, ihre Verantwortung zu teilen.

Mehrere innen- und außenpolitische Faktoren werden für das abnehmende Gewicht der Amerikaner in dieser Region Sorge tragen: Die Ethnisierung der Außenpolitik schreitet voran, weil die USA nach wie vor ein begehrtes Einwanderungsland sind. Die Jerusalemer Politik hat ihrerseits dazu beigetragen, dass sich die jüdischen Bindungen an Israel stark verändert haben. Nicht zuletzt die Politik Sharons und seines mutmaßlichen Nachfolgers Benjamin Netanyahu werden dafür sorgen, dass Washington die Sicherheitsbedürfnisse Israel anders gewichtet und zu einer ernstlichen Neuordnung der Beziehungen übergeht; die tragenden Pfeiler des gemeinsamen Wertekanons bröckeln. Dennoch steht fest: Der Frieden muss in der Region wachsen und kann nicht von außen importiert werden. Die Umgestaltung setzt allerdings voraus, dass auch bei den arabischen Nachbarn die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaat Einzug halten. Ob Arafat das politische Format besitzt, sie in Palästina umzusetzen, bezweifeln immer mehr Palästinenser.

Email: Reiner.Bernstein@web.de
